

Steuerschulden der Unternehmen stiegen im Vorjahr auf acht Milliarden Euro

Nicht nur durch Steuerflucht und -hinterziehung, auch durch Steuerschulden entgehen der Allgemeinheit jährlich hohe Beträge. Allein im Vorjahr sind die Steuerschulden österreichischer Unternehmen um eine halbe Milliarde Euro gestiegen und summierten sich mittlerweile auf enorme acht Milliarden Euro. Das sind fast zehn Prozent aller Steuereinnahmen des Bundes im Jahr 2016. „Während den Beschäftigten monatlich die Lohnsteuer auf den Cent genau abgezogen wird und sie für Waren und Dienstleistungen automatisch Mehrwertsteuer zahlen, schulden Unternehmen dem Staat Milliarden. Den Ausfall müssen langfristig die Arbeitnehmer ausgleichen“, sagt AK-Präsident Dr. Johann Kalliauer.

Die meisten Steuerschulden der Unternehmen - rund 2,8 Milliarden Euro - stammen aus der Umsatzsteuer, die eigentlich von den Konsumenten/-innen bzw. Abnehmer/-innen bereits an die Unternehmen bezahlt worden ist. Darüber hinaus schulden die Unternehmer/-innen bzw. Selbstständigen dem Staat mehr als 1,3 Milliarden Euro Einkommensteuer – das sind 35 Prozent der gesamten Jahreseinnahmen aus dieser Steuerkategorie. Die restlichen Steuerschulden stammen etwa aus Körperschaftssteuer, Kapitalertragssteuer und Lohnsteuer.

Hinzu kommen noch die Beitragsschulden der Arbeitgeber/-innen bei den Gebietskrankenkassen in Höhe von 844 Millionen Euro.

Seit 2010 sind die Steuerschulden der Unternehmen um 13 Prozent gestiegen, jene die „vollstreckbar“ sind, also eingetrieben werden könnten, um 22 Prozent. Die Rückstände an Körperschaftssteuer haben sich seit 2010 sogar verdoppelt.

Österreichs Steuersystem weist ohnehin eine Schieflage zu Lasten der Arbeitnehmer/-innen und Konsumenten/-innen auf. **Zusammen leisten sie acht von zehn Steuereuros, Unternehmen und Vermögende gerade einmal einen.** Und es sind auch die Arbeitnehmer/-innen, die durch solche Steuerausfälle immer wieder von Budgetkürzungen betroffen sind. Im Zuge von Einsparungen in der öffentlichen Verwaltung sind auch die Planstellen in der Finanzverwaltung gekürzt worden, was sich negativ auf die Eintreibung der Steuerschulden auswirkt.

Zeit ist beim Eintreiben von Steuerschulden ein wesentlicher Faktor. Will die Finanzverwaltung – und somit die Allgemeinheit – nicht hinter anderen Gläubigern leer ausgehen, ist rasches Handeln nötig. Die AK fordert den Finanzminister zur intensiven Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung sowie zu rigidem Eintreiben von Steuerschulden auf. „Steuerverfahren müssen rasch und konsequent abgewickelt werden. Damit das möglich ist, muss die Finanzverwaltung wieder mit deutlich mehr Personal ausgestattet werden“, fordert Kalliauer.